

An die Parlamentsdirektion

via Email

begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Innsbruck, am 24. September 2013

Betreff: Stellungnahme zur Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst

Sehr geehrte Damen und Herren!

In offener Frist übermittle ich meine Stellungnahme zum gegenständlichen Entwurf.

Vor einiger Zeit wurde der Entwurf für ein neues Lehrerdienstrecht in Begutachtung geschickt. Dass dies ohne sozialpartnerschaftliche Einigung geschah, halte ich demokratiepolitisch für bedenklich. Noch gravierendere Schäden wird allerdings die Zukunft der Bildung in unserem Land davontragen: Gänzlich inakzeptabel und deshalb abzulehnen sind v. a. die folgenden Maßnahmen:

- Künftig sollen alle LehrerInnen gegen ihren Willen in jedem Fach, in jeder Schulstufe und in jeder Schulart eingesetzt werden können. Das ist allein schon aus pädagogischen Gründen strikt abzulehnen.
- Künftig soll der Bachelor reichen, um auch an AHS und BHS zu unterrichten. Das heißt, LehrerInnen sind nur halb so lange ausgebildet wie bisher. Das bedeutet ein massives Downgrading.
- Eine Erhöhung der Arbeitszeit um bis zu 40 % und finanzielle Verluste im Laufe eines Berufslebens von bis zu einer halben Million Euro trifft vorwiegend Frauen. Das neue Dienstrecht ist nicht nur leistungs-, sondern v. a. frauenfeindlich.
- Junge KollegInnen werden durch das neue Dienstrecht regelrecht „verheizt“: Es bedeutet massive Mehrbelastung ohne entsprechende Abgeltung und v. a. ohne adäquates Support-Personal an jeder einzelnen Dienststelle.

So werden wir in Österreich sicherlich nicht die Besten der Besten für den Lehrberuf gewinnen können – und damit unseren Kindern auch nicht die Qualität im Bildungssystem garantieren können, die sie sich verdient haben.

Mit der Bitte um Berücksichtigung sowie um Veröffentlichung auf der Parlaments-Homepage verbleibe ich mit freundlichen Grüßen,

Mag. Verena Hofer